

Der Aufstieg der VR China und Veränderungen ihrer Gesellschaftsordnung

Der mit tiefen gesellschaftlichen Umwälzungen verbundene Aufstieg der Volksrepublik China prägt die globalen Strukturen in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts. Die marxistische Linke sieht sich dabei vor zwei zentrale Fragenkomplexe gestellt: Wie ist die sich rasch wandelnde chinesische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu beurteilen und wie reagiert sie auf sich zuspitzende hegemoniale Auseinandersetzungen, die die globale Dominanz des Westens in Frage stellen? Die Redaktion hat zu beiden Fragenkomplexen Kenner der chinesischen Entwicklung und der internationalen Beziehungen um Stellungnahmen gebeten. Herangehensweise und Schlussfolgerungen der befragten Autoren unterscheiden sich erheblich. Wir hoffen, mit diesem Überblick einen Anstoß für weitere und vertiefte Debatten geben zu können. (Redaktion)

Wolfram Adolph

100 Jahre Gongchandang

Eine Partei feiert ihren 100. Geburtstag. Eine kommunistische. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), die Gongchandang. Gegründet im Juli 1921 in Shanghai.¹ Es gibt ältere Parteien in der Welt. Zum Beispiel die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1863). Oder die Demokratische (1828) wie auch die Republikanische Partei (1854) in den USA. Von den Tories in Großbritannien (1783) ganz zu schweigen. Aber dieser KP-Geburtstag ist dennoch etwas Besonderes. Denn er markiert einen einzigartigen, ungeheuren, die ganze Welt in Atem haltenden Aufstieg, mit dem sich alle – ob Freund oder Feind – auseinandersetzen müssen.

I.

Diese Auseinandersetzung geschieht hier aus marxistischer, will sagen: parteiisch (weil revolutionär begründet) neugieriger, bisherige Betrachtung dreifach aufhebender Sicht. Womit schon gesagt ist: Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass westliche Kommunistinnen und Kommunisten hinsichtlich dessen, was jetzt in China geschehen sollte, einen Wissens-, geschweige denn Erfahrungsvorsprung hätten.

Xi Jinping, der Staats- und Parteichef, hat Recht, wenn er zur Feier des 200. Geburtstages von Karl Marx im Mai 2018 feststellt, dass es bei dem gewaltigen

¹ Das Datum ist, da kein Protokoll überliefert ist, nicht auf den Tag genau verifizierbar, wird aber oft mit dem 21. Juli 1921 angegeben.

gesellschaftlichen Wandel in China nicht um „die simple Fortsetzung“ der „historischen und kulturellen Erfahrungen“ des eigenen Landes gehen könne und auch nicht um „die Wiederholung sozialistischer Praxis anderer Länder“ oder „die Nachahmung von Modernisierungsanstrengungen wo auch immer in der Welt“.² Die „gewaltigen Aufgaben der Reform, Entwicklung und Stabilitätssicherung, die Menge und das Ausmaß der Probleme, Risiken und Herausforderungen wie schließlich auch der Proben, auf die das Regieren des Landes immer wieder gestellt wird“ – all das sei „ohne Beispiel“, und um sich allem gewachsen zu zeigen, bedürfe es „der Verbesserung unserer Fähigkeit, uns bei der Analyse und der Problemlösung des Marxismus zu bedienen“.³ Zweimal zitiert Xi in diesem Zusammenhang Friedrich Engels: zum ersten aus dem Brief vom 11.3.1895 an Werner Sombart, wonach „die ganze Auffassungsweise von Marx [...] nicht eine Doktrin [ist], sondern eine Methode“; sie also „keine fertigen Dogmen [gibt], sondern Anhaltspunkte zu weiterer Untersuchung und die Methode für diese Untersuchung“;⁴ und zum zweiten aus der „Dialektik der Natur“, wonach „Theorien“ „ein historisches Produkt“ seien, „das zu verschiedenen Zeiten sehr verschiedene Form und damit sehr verschiedenen Inhalt annimmt“.⁵ Und so könne also auch der jetzige Wandel nicht einfach eingepasst werden in „die Vorlagen, die von früheren marxistischen Klassikern eronnen wurden“, sondern es liege die „Lebenskraft einer Theorie“ in ihrer „Erneuerung“, und es sei die „heilige Pflicht“ der chinesischen Kommunisten, „den Marxismus zu entwickeln“ als Instrument der „Beobachtung“ und „Entschlüsselung“ der modernen Welt.⁶

Das ist es, was es zu begreifen gilt: Was in China vor sich geht, ist neu, und es geschieht in einer geografischen, bevölkerungspolitischen, wirtschaftlichen, ökologischen und weltpolitischen Dimension, die nicht ihresgleichen hat. So gerinnen die marxistische Theorie und Erfahrung des Westens vom einst (real oder auch nur geglaubt) Voranschreitenden und (gewollt oder auch ungewollt) Belehrenden zum gleichberechtigten Diskussionsbeitrag und endgültig verbietet sich jeder Von-Oben-Herab-Gestus.

² Xi Jinping, *Broader Dimensions for Marxism in Contemporary China and the 21st Century*, in: *The Governance of China*, Bd. III, Beijing 2020, S. 96-98, hier: S. 98.

³ Ebd., S. 96.

⁴ Ebd., S. 97; das Engels-Zitat dort englisch aus *Karl Marx & Friedrich Engels, Collected Works*, Vol. 50, Moscow 1979, S. 461; hier MEW 39, S. 428.

⁵ Ebd.; das Engels-Zitat dort englisch aus *Karl Marx & Friedrich Engels, Collected Works*, Vol. 25, Moscow 1979, S. 338; hier MEW 20, S. 330. – Das Zitat ist ein interessantes Beispiel für Übersetzungs- und Auffassungsprobleme. Xi spricht hier tatsächlich von *theories*, bei Engels jedoch heißt es im Englischen *theoretical thought*, im Deutschen *das theoretische Denken*. – Der Satz im Englischen im Ganzen: „In every epoch, and therefore also in ours, theoretical thought is a historical product, which at different times assumes very different forms and, therewith, very different contents.“ – Es könnte ein Thema sein, die Dinge am chinesischen Original (das ich derzeit nicht zur Hand habe) zu prüfen und dabei den Bedeutungen von *lilun* (Theorie) und *sixiang* (das Denken, die Ideologie, die Idee) nachzuspüren. Für die Wortverbindung *theoretisches Denken* jedenfalls habe ich bisher keine chinesische Entsprechung gefunden.

⁶ Xi Jinping, ebd., S. 98.

Die Gongchandang hat in ihrer hundertjährigen Geschichte viele große und kleine, auch sehr ruhmreiche und verdienstvolle kommunistische Parteien und Bewegungen wie auch sozialistische Staaten aufsteigen und wieder verschwinden sehen und sie hat dabei genau hingeschaut, hat diese Erfahrungen geprüft und verarbeitet und zum Bestandteil ihrer Strategie gemacht. Und diese Strategie – und das ist so erstaunlich wie herausfordernd – beharrt darauf, auf dem Marxismus zu beruhen.

II.

100 Jahre Gongchandang schärfen den Blick: Ihre Gründung war – so klein das Ereignis selbst erscheinen mag⁷ – integraler Bestandteil eines weltumspannenden, bis heute nicht abgeschlossenen Prozesses der antikolonialen, antiimperialistischen Revolution. Sie war kein unvorbereiteter und kein von außen kommandierter Akt.⁸ Mit dem am Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr aufzuhaltenden Verfall der Kaiserherrschaft hatten Reformler wie Kang Youwei und Liang Qichao an Einfluss gewonnen und der Revolutionär Sun Yatsen hatte daraus eine politische Kraft zu formen vermocht. „Schon lange“, schreibt Pierre Broué in seiner großen Geschichte der Kommunistischen Internationale, „hatte sich eine außergewöhnliche intellektuelle und kulturelle Bewegung formiert“, die – mit Chen Duxiu, dem „Vater des modernen China“, als treibender Kraft – „weitreichende Erwartungen in eine freie und demokratische Gesellschaft formulierte“.⁹

Für deren Erfüllung musste die russische Revolution von 1905 natürlich als Signal wirken. Eine kaiserliche Herrschaft – die des Zaren – war ins Wanken gebracht! Li Dazhao – „der erste Chinese, der sich auf den Weg des Kommunismus begab“¹⁰ – sah 1917 im Rückblick einen Zyklus von sich gegenseitig befruchtenden, dem „Prinzip des Gebens und Nehmens“ folgenden Revolutionen in Gang gekommen.¹¹ 1911 beendete die chinesische das mehrtausendjährige Kaisertum, im Februar 1917 stürzte die russische den Zaren, und im gleichen Jahr öffnete die russische Oktoberrevolution den Weg für antiimperialistische Befreiungsrevolutionen, zu deren bedeutsamsten die mit der 4.-Mai-Bewegung von 1919 sich bereits ankündigende chinesische Revolution von 1925-27 gehören sollte.¹²

In dieser Revolution bündelten sich nicht nur chinesische, sondern allgemeine Probleme ihrer Zielrichtung und Durchführung. Die Gongchandang war 1923

⁷ Es war bekanntlich nur eine winzige Gruppe von 12 oder 13 Männern, die sich als Delegierte von insgesamt ungefähr 50 weiteren illegal in Shanghai versammelten.

⁸ Die Anwesenheit von zwei Vertretern der Kommunistischen Internationale (Komintern) – Henk Sneevliet (alias Maring) und Nikolski – als „Steuerung“ zu betrachten, geht an der Verankerung des Prozesses in den chinesischen Verhältnissen vollständig vorbei.

⁹ Pierre Broué, *Histoire de l'Internationale Communiste 1919-1943*, Paris 1997, S. 275.

¹⁰ Ebd., S. 276.

¹¹ W. Kriwzow, W. Krasnowa, Li Dazhao, *Vom revolutionären Demokraten zum Marxisten-Leninisten*, Berlin (DDR) 1981, S. 84.

¹² Dieser Zusammenhang findet im Westen oft nicht die ihm gebührende Beachtung. Die Oktoberrevolution wird meist nur in ihrer Wirkung auf Europa gesehen, das Scheitern der deutschen Novemberrevolution fürs Ganze genommen.

ein Bündnis mit der Guomindang – der von Sun Yatsen geführten „Staats-Volks-Partei“¹³ – eingegangen. Dieses auf eine nationale Befreiungsrevolution hinauslaufende, sozialistische Ziele zurückstellende Handeln hatte sowohl chinesische als auch Komintern-Befürworter, fand aber hier wie dort auch vehemente Gegnerinnen und Gegner. Die immer engere Verquickung von Komintern-Interessen mit der Erhaltung des sowjetischen „Sozialismus in einem Land“ geriet in wachsenden Widerspruch mit der Idee der Weltrevolution, die Idee der Weltrevolution mit den Interessen des Bündnispartners. Das bekam die Gongchandang auf fast vernichtende Weise zu spüren: Die Guomindang, ihr Heil in einer Verbindung mit den imperialistischen Mächten suchend, erstickte das Bündnis in einem Blutbad. Aber die Überlebenden schufen etwas Neues. Mit Mao Zedong trat ein Parteiführer ins Rampenlicht, der mit dem Rückzug ins Gebirge, der Bildung von „Sowjetgebieten“ und der angesichts des allfälligen, an vielen Fronten ausgefochtenen Bürgerkrieges unausbleiblichen „Militarisierung des chinesischen Kommunismus“¹⁴ einen eigenständigen Kurs entwickelte.

Der Sieg der Revolution im Herbst 1949 und die Gründung der Volksrepublik waren der langfristige Triumph dieses Kurses; die 1937 erneut ins Werk gesetzte, nun antijapanische Einheitsfront mit der Guomindang war darin eine überaus bedeutsame, weil China in die Anti-Hitler-Koalition führende Etappe. Der Konflikt von 1925/27 aber schien noch einmal auf, als Stalin 1945/46 die Guomindang-Regierung als Partner anerkannte und Mao bei dessen Moskaubesuch 1950 monatelang die kalte Schulter zeigte.

III.

Zehn Jahre enge chinesisch-sowjetische Zusammenarbeit in den 1950er Jahren, Bruch durch beiderseitige Vorherrschaftsansprüche in den 1960ern und 70ern, Wiederannäherung in den 80ern, Verschwinden der Sowjetunion 1991; auf dem Feld der von Karl Marx als entscheidend erkannten Produktivkraftentwicklung in den 50ern sozialistische Planwirtschaft, 1959-76 – im „Großen Sprung nach vorn“ und der „Kulturrevolution“ – Verabsolutierung des subjektiven Faktors, seit 1978 Herstellung von freien Märkten: so gegensätzliche Konzepte und Erfahrungen, und die Gongchandang immer an der Spitze. Das passt in kein westliches Sozialismusbild und wird nur verständlich, wenn der Kern bloßgelegt ist: das Antikoloniale, das Antiimperialistische, die (Wieder-)Erlangung eines gleichberechtigten Platzes in der Welt.

Die Unerbittlichkeit, mit der die imperialistischen Staaten sich gegen diesen Kern stellen, ist das klarste Zeichen dieses Grundkonflikts. Anstatt die Welt endlich als menschheitliches Ganzes zu begreifen und auf menschheitliche

¹³ Aus dieser Wortverbindung *guo* (Staat) und *min* (Volk) ist in der Übersetzung ins Englische die Bezeichnung „Nationalist Party“ geworden. Weil das aber der Besonderheit der Partei nicht gerecht wird, sind viele bei der Bezeichnung Guomindang (früher auch: Kuomintang) geblieben, weshalb ich für dieses Verfahren auch bei der KP plädiere: Gongchandang („Gemein-Eigentums-Partei“).

¹⁴ So Brigitte Studer in ihrer glänzenden Darstellung „Reisende der Weltrevolution. Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale“, Berlin 2020, S. 336.

Problemlösungen zu setzen, kennt der kapitalistische Westen (Australien und Japan eingeschlossen) nichts anderes als die Kategorien der Konkurrenz, des Konflikts, der Sanktionen, des militärischen Drucks und des Krieges.

Die Gongchandang hingegen unterbreitet menschheitlich – also für das weltweite Zusammenleben – gedachte Vorschläge. Die finden jedoch im Westen selten Platz in den Hauptnachrichten und in der Politik keinen – oder höchstens verächtlichen – Widerhall; aus „ewigem“ Prinzip.

Und hat nun der chinesische Weg noch etwas mit Sozialismus zu tun? Die Frage klingt seltsam aus dem Munde derer, die die Erfahrung haben, dass Sozialismus in einem Land nicht gehen kann.

Die Gongchandang legt Wert auf die Feststellung, dass ihr Weg niemandem als Modell gepriesen oder über die Welt verbreitet werden soll. Bedenkenswert aber ist dieser Weg für alle an Sozialismus und Kommunismus Interessierte natürlich dennoch – und wie. Schon wegen des außergewöhnlichen Marxismus-Bekenntnisses, in das die Forderung eingeschlossen ist, noch gründlicher sich zuzuwenden „dem Marxismus-Leninismus“ – ja, auch dem Leninismus! –, „den Mao-Zedong-Ideen, den Theorien Deng Xiaopings, der Theorie des Dreifachen Vertretens,¹⁵ dem Wissenschaftlichen Ausblick auf die Zukunft und der Idee des Sozialismus chinesischer Prägung für die Neue Epoche.“¹⁶ Seien wir gespannt. Und aktiv dabei, das Unsere zu tun, damit die Antwort auf Chinas Aufstieg nicht in Kriege mündet.

Eike Kopf

China – ein Land mit sozialistischer Orientierung?

China wird von Europäern seit etwa fünf Jahrzehnten stärker wahrgenommen: von den einen vor allem als nützliches Geschäftsfeld, von anderen als zwar erfolgreiches, aber angeblich kapitalistisches Land, im besten Falle ein Land mit sozialistischer Orientierung.

Fortschrittliche Kräfte können sich ihre Wirkungsbedingungen nicht oder nur selten aussuchen. Marx schrieb z. B. 1852 besorgt an Engels, nachdem von Getreideengpässen in Frankreich berichtet worden war: „Die Revolution könnte früher kommen als uns erwünscht. Nichts schlimmer, als wenn die Revolutionäre für Brot sorgen sollen.“¹ Im Vorwort zum „Kapital“ schrieb er 1867: „[...] Wo die kapitalistische Produktion völlig bei uns eingebürgert ist, z. B. in den eigentlichen Fabriken, sind die Zustände viel schlechter als in

¹⁵ Unter Jiang Zemin entwickelter Grundsatz, sich den Erfordernissen der Entwicklung fortschrittlicher Produktivkräfte, einer fortschrittlichen Kultur und der Vertretung der grundlegenden Interessen der überwältigenden Mehrheit des chinesischen Volkes zu stellen.

¹⁶ Xi Jinping, a. a. O., S. 97.

¹ Marx an Engels, 19.8.1852, in: MEW, Bd. 28, S. 116.

England, weil das Gegengewicht der Fabrikgesetze fehlt. In allen andren Sphären quält uns, gleich dem ganzen Westeuropa, nicht nur die Entwicklung der kapitalistischen Produktion, sondern auch der Mangel ihrer Entwicklung.“²

I.

Die Gesellschaftsordnung der Volksrepublik China wird in der vom VII. Nationalen Volkskongress am 12. 4. 1988 angenommenen *Verfassung der Volksrepublik China* in Kapitel I, Allgemeine Grundsätze, wie folgt charakterisiert:

Artikel 1: Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat der demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht. Die sozialistische Ordnung ist die grundlegende Ordnung der Volksrepublik China. [...]

Artikel 2: Die Macht in der Volksrepublik China gehört dem Volk. Die Organe, durch die das Volk die Staatsmacht ausübt, sind der Nationale Volkskongress und die örtlichen Volkskongresse der verschiedenen Ebenen. [...]

Artikel 3: Die Staatsorgane der Volksrepublik China verwirklichen das Prinzip des demokratischen Zentralismus. [...]

Artikel 4: In der Volksrepublik China sind alle Nationalitäten gleichberechtigt. Der Staat schützt die legitimen Rechte und Interessen der nationalen Minderheiten [...]

Artikel 5: Der Staat verteidigt die Einheit und Autorität des sozialistischen Rechts. Kein Gesetz, keine Verwaltungsentscheidung und keine örtliche Rechtsvorschrift darf im Widerspruch zur Verfassung stehen. [...]

Artikel 6: Grundlage der sozialistischen Wirtschaftsordnung der Volksrepublik China ist das sozialistische gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln in Gestalt des Volkseigentums und des kollektiven Eigentums der Werktätigen. Durch das sozialistische gesellschaftliche Eigentum wurde das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft. Es gilt das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“.

Artikel 7: Die staatliche Wirtschaft als der Sektor der sozialistischen volkseigenen Wirtschaft ist die dominierende Kraft in der Volkswirtschaft. Der Staat gewährleistet die Festigung und Entwicklung der staatlichen Wirtschaft.

Artikel 8: Die ländlichen Volkskommunen, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und andere Formen der genossenschaftlichen Wirtschaft wie Produktionsgenossenschaften, Versorgungs- und Absatzgenossenschaften, Kredit- und Konsumgenossenschaften bilden den Sektor der sozialistischen kollektiveigenen Wirtschaft der Werktätigen. [...]

Die verschiedenen Formen der genossenschaftlichen Wirtschaft in den Städten und Marktflecken wie die des Handwerks, der Industrie, des Bau- und Trans-

²

Karl Marx, Das Kapital, 1. Band, in: MEW, Bd. 23, S. 12.

portgewerbes, des Handels und des Dienstleistungswesens gehören zum Sektor der sozialistischen kollektiveigenen Wirtschaft der Werktätigen.

Artikel 9: Bodenschätze, Gewässer, Wälder, Berge, Steppen, Ödland, Sandbänke und Watten sowie andere natürliche Ressourcen gehören dem Staat, das heißt, sie sind Volkseigentum [...]

Artikel 10: Der Boden in den Städten gehört dem Staat. Der Boden in den Dörfern und den Vororten der Städte ist kollektives Eigentum; ausgenommen sind jene Ländereien, die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen dem Staat gehören. Bebaute Grundstücke, persönliches Ackerland und persönliche Bergparzellen sind ebenfalls kollektives Eigentum. Der Staat kann entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen Boden in Anspruch nehmen, wenn dies die gesellschaftlichen Interessen erfordern. [...] Das Nutzungsrecht am Boden kann in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen übertragen werden. [...]

Artikel 11: Die individuelle Wirtschaft der Werktätigen in Stadt und Land, soweit sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen existiert, stellt eine Ergänzung zur sozialistischen gesellschaftlichen Wirtschaft dar. Der Staat schützt die legitimen Rechte und Interessen der individuellen Wirtschaften. [...] Der Staat gestattet die Existenz und Entwicklung einer privaten Wirtschaft im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Die private Wirtschaft stellt eine Ergänzung zu der auf dem sozialistischen gesellschaftlichen Eigentum beruhenden Wirtschaft dar. Der Staat schützt die legitimen Rechte und Interessen der privaten Wirtschaft. [...]

Artikel 12: Das sozialistische gesellschaftliche Eigentum ist heilig und unantastbar. [...]

Artikel 13: Der Staat schützt das Recht der Bürger auf Eigentum an ihrem Einkommen, ihren Ersparnissen, Häusern und anderen rechtmäßig erworbenen Vermögenswerten.

Der Staat schützt entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen das Recht der Bürger, Privatvermögen zu erben.“

II.

Ende 2010 schloss die VR China ihren 11. Fünfjahrplan erfolgreich ab. Die Volkswirtschaft wurde auf eine neue Stufe gehoben. Das *Bruttoinlandsprodukt* belief sich auf 39,8 Billionen Yuan, was ein *durchschnittliches Jahreswachstum* um 11,2 Prozent bedeutet; die Finanzeinnahmen wurden von 3,16 Billionen Yuan auf 8,31 Billionen Yuan erhöht. (Diese akkumulierten Mittel sind erforderlich, um z. B. in die Infrastruktur, in die Urbanisierung usw. investieren zu können, weil es sonst auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens dieses größten Entwicklungslandes der Erde keine nachhaltigen Fortschritte gäbe.) Die *Zahl der Beschäftigten* in den Städten stieg um 57,71 Mio. und die *Zahl der umgesetzten Arbeitskräfte* in der Landwirtschaft betrug 45 Mio.; das verfügbare *Einkommen* pro Stadtbewohner und das Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Landbewohner stiegen jährlich real im Durchschnitt jeweils um 9,7 bzw. 8,9 Prozent; das *Sozialabsicherungssystem*, das die Städte und die ländlichen Gebiete abdeckt, wurde schrittweise vervollständigt.

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jh. wurde die Wirtschaftskraft Chinas verdoppelt und die Volksrepublik vom fünften auf den zweiten Platz der stärksten Wirtschaften weltweit nach den USA, vor Japan und der BRD geführt. Die Devisenreserven wuchsen wertmäßig von 350 Milliarden 2003 auf 3,3 Billionen US-Dollar im Jahre 2012 an. China hat eine solche ökonomische Stärke erreicht, dass es politisch nicht mehr erpressbar ist; auch das ist eine Lehre aus der Entwicklung sozialistischer Länder 1989-1991. Trotz der Weltwirtschaftskrise konnte China 2012 ein Wirtschaftswachstum von 7,8 Prozent verbuchen, für 2013 wurden 7,5 Prozent vorgeschlagen. Seit zwei Jahren stieg, um der bisher wachsenden Differenz zwischen Stadt- und Landbewohnern gezielt entgegenzuwirken, das verfügbare Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Landbewohner schneller als das Pro-Kopf-Einkommen der Stadtbewohner.

III.

Verwundert es jemand, wenn ich mich angesichts dieser Fakten über Unkenrufe einer möglichen Entwicklung zum Kapitalismus in China nur wundern kann? Schon für Marx und Engels war 1845 klar, dass der „Kommunismus [...] nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach die Wirklichkeit zu richten haben [wird].“ Sie nannten Sozialismus oder „Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden [d. h. jeweils aktuellen – E. K.] Voraussetzung.“³

Chinas volkseigene Unternehmen sollen mehr gemischte Eigentumsverhältnisse praktizieren. Während Chinas 14. Fünfjahrplan (2021-2025) soll diese Reform vorangetrieben werden. China werde dazu den Dreijahresaktionsplan für volkseigene Unternehmen (engl. SOE: State-Owned Enterprises) veröffentlichen, kündigte Chinas Staatliche Aufsichts- und Verwaltungskommission für volkseigene Vermögen am 14.10.2020 an.

Die Regierung werde sich an die Grundsätze der Umsetzung einer solchen Reform im Einklang mit den lokalen Bedingungen, Branchen und Unternehmen halten. Sie werde unterschiedliche Unternehmensformen anwenden, je nachdem, welche am besten passt: das Einzelunternehmertum, die Mehrheitskontrolle oder die Kapitalbeteiligung. Überdies werde die Regierung die Unternehmensführung verbessern und mehr Anreize für die Vertiefung von Reformen in gemischten Eigentumsverhältnissen schaffen. Dies werde differenziert geschehen, abhängig von der jeweiligen Unternehmensstruktur und der Branche.

Der Aktionsplan soll die vom XIX. Parteitag der KPC Ende 2017 umrissenen Maßnahmen umsetzen, um die volkseigenen Unternehmen dazu zu bewegen, sich so bald wie möglich an die marktorientierten und gesetzestützten Regeln und Normen der neuen Ära [seit 2013 – E. K.] anzupassen und in einem offenen und innovativen Umfeld mehr Verantwortung zu übernehmen, so Weng Jieming, stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Aufsichts- und Verwaltungskommission für volkseigene Unternehmen (SASAC).

³

Karl Marx, Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 35.

Am 4.2.2021 berichtete Chinas Amt für Statistik, dass China die USA als größte Volkswirtschaft der Erde früher als erwartet überholen wird. Chinas Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2020 um 2,3 Prozent auf 101,6 Billionen Yuan (rund 15 Billionen Euro). China war damit die einzige große Volkswirtschaft mit einem jährlichen Wachstum. Die US-Wirtschaft ist 2020 um 3,5 Prozent geschrumpft – das war die schlechteste Leistung seit 1946.

Nach westlichen Wachstumsprognosen wird Chinas Wirtschaft die der USA im Jahr 2028 überholen – zwei Jahre früher als bisher angenommen.

Die KP Chinas hat sich bisher als lernfähig erwiesen und geht bewusst und planmäßig vor – der 14. Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft (2021-2025) wird verwirklicht, um bis zum 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik 2049 eine sozialistische Gesellschaft mit durchschnittlich bescheidenem Wohlstand geschaffen zu haben – und zwar nicht in einem regionalen „Krähwinkel“, sondern für rund 1,4 Milliarden Menschen.

Felix Wemheuer

Staatskapitalismus und Staatsklasse in China

Im Buch „Chinas grosse Umwälzung“¹ wird argumentiert, dass die chinesische Wirtschaft staatskapitalistisch dominiert wird. Durch die Umwandlung vieler Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften wurden sie kapitalistischen Produktionsbedingungen unterworfen. Gleichzeitig sichert sich der Staat durch Kapitalanteile in Schlüsselbranchen wie Bankwesen, Infrastruktur oder Rohstoffe und auch Monopole strategische „Kommandohöhen“ über die Wirtschaft. Das Staats- und Kollektiveigentum an Grund und Boden nutzt die Regierung in den letzten Jahren, um durch eine Liberalisierung des Handels mit Nutzungsrechten die Landwirtschaft zu kommerzialisieren und kapitalistische Großbetriebe durchzusetzen. In der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe hat sich „freie Lohnarbeit“ als die Hauptform der Beschäftigung durchgesetzt. In der Landwirtschaft nimmt ihre Bedeutung gegenüber kleinbäuerlicher Subsistenzwirtschaft deutlich zu. Es gibt mittlerweile auch eine starke private KapitalistInnenklasse. Der KPCh gelingt es jedoch, sie durch autoritäre korporatistische Strukturen in das politische System einzubinden.

In der Volksrepublik China herrscht eine Staatsklasse, die die Kader von Staat und Partei bis zur Kreisebene sowie die ManagerInnen der Staatsbetriebe umfasst. Ihre Organisationsform ist die KPCh. Durch die staatskapitalistische Struktur der Wirtschaft sowie legale und illegale unternehmerische Tätigkeiten der Behörden kann sich die Staatsklasse einen großen Teil des Mehrwerts aneignen.

¹ Felix Wemheuer, Chinas Grosse Umwälzung. Soziale Konflikte und Aufstieg im Weltsystem, PapyRossa-Verlag Köln 2019.

Die heutigen chinesischen Machthaber unterscheiden sich jedoch in vieler Hinsicht von den Staatsklassen der Entwicklungsländer der 1970er. Hartmut Elsenhans argumentierte damals, dass diese häufig Renteneinnahmen aus Rohstoffquellen nicht in produktive Zweige der Wirtschaft investieren, sondern zum Selbsterhalt verwenden würden. Auf Grund der Armut der Landbevölkerung könne außerdem kein großer Markt für den Konsum entstehen, was für die Entwicklung des Kapitalismus zentral sei. Die Staatsklassen stünden dennoch in einem ständigen Konflikt zwischen Selbstprivilegierung und Legitimationszwang, da die Massen eine Verbesserung der eigenen sozialen Lage erwarteten. Widerstand und Opposition gegen Selbstprivilegierung und Korruption seien häufig gering, da gesellschaftliche Gruppen entweder klientelistisch vom Staat eingebunden oder marginalisiert seien.

Auch die heutige Staatsklasse in China kämpft mit sich, um zu verhindern, dass durch Selbstprivilegierung, sprich ausufernde Korruption, die Legitimation der KPCh zerstört wird. Das ist ein Grund für die Antikorruptionskampagne unter Xi. Im Unterschied zu vielen Staatsklassen des Globalen Südens der 1970er ist die chinesische aber durchaus in der Lage, sowohl die produktiven Zweige der Wirtschaft als auch einen Massenmarkt zu entwickeln. Außerdem wurde durch einen massiven Ausbau des Hochschulwesens und des Staatsapparates sowie des Booms des privaten Sektors die soziale Mobilität in den Jahrzehnten nach 1978 enorm gesteigert.

Wie die chinesische Bevölkerung zur Regierung steht, kann man nicht direkt ermitteln. In China muss sich die Zentralregierung keinen freien und direkten Wahlen stellen. Eine legale Opposition gibt es nicht und DissidentInnen werden unterdrückt. Nur auf der Dorfebene werden die DorfvorsteherInnen von der Bevölkerung landesweit direkt gewählt. Dennoch wäre es falsch zu glauben, dass die Herrschaft der KPCh nur auf Unterdrückung beruhe.

Die KPCh hat in ihrer Geschichte eine große Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit bewiesen. Besonders nach schweren wirtschaftlichen oder politischen Krisen wie 1961, 1976 oder 1989 war sie in der Lage, neue Quellen der Legitimation zu erschließen. Nach 1978 spielten das Wirtschaftswachstum und die deutliche Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung eine zentrale Rolle, weshalb viele BürgerInnen die Herrschaft der Partei als legitim bzw. alternativlos ansehen. Die Partei war außerdem in der Lage, auf Proteste in der Bevölkerung nicht nur mit Repressionen, sondern auch mit Zugeständnissen und Reformen zu reagieren. Um Beispiele zu nennen: Die moderate Verbesserung des Arbeitsrechts von 2008 war eine Reaktion auf Streiks und Arbeitskämpfe. Auf die Krise der ländlichen Gesundheitsversorgung und HIV/Aids-Epidemie in Dörfern Zentralchinas reagierte die Zentralregierung ab Mitte der 2000er mit dem Ausbau eines kollektiven Krankenversicherungssystems. (Es umfasst jedoch nicht alle BürgerInnen und deckt viele Leistungen nicht ab.) Konflikte durch den Abriss von Häusern und Wohnvierteln sowie Landenteignungen sind dadurch entschärft worden, dass die Regierung heute wesentlich höhere Entschädigungen zahlt als vor einigen Jahren. Außerdem waren zahlreiche BürgerInnenproteste gegen umweltverschmutzende Fabriken in den Stadtzentren erfolgreich und führten zu Schließungen bzw. Aus-

lagerungen der Betriebe. Einige PolitikwissenschaftlerInnen sprechen dem politischen System eine „autoritäre Elastizität“ zu.

Die Propaganda hat ein starkes Narrativ entwickelt, in dem sich das Streben des Einzelnen nach Wohlstand mit dem Fortschritt der Nation aufs Engste verbindet: Indem die Studierenden für ihren Abschluss fleißig lernen, würden sie gleichzeitig das Bildungsniveau und die „Qualität“ der chinesischen Nation verbessern. Eifrige KonsumentInnen heimischer Waren würden einen Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung leisten usw. Umgekehrt wird individuelles Fehlverhalten, besonders im Ausland, als nationale Schande für China bewertet. Man sollte auch den Glauben nicht unterschätzen, dass nur die KPCh eine vereinigte chinesische Nation zur modernen Industriegesellschaft, Wohlstand und Weltgeltung führen könne.

Auch in China haben Angehörige der Staatsklasse sich und ihre Familien durch Korruption, Unterschlagung sowie illegale Geschäfte bereichert. Das führte auch deshalb nicht zu einem Volksaufstand nach 1989, weil große Teile der Bevölkerung in den letzten drei Jahrzehnten ihren Lebensstandard selbst deutlich verbessern konnten. Wir haben es mit einer Staatsklasse zu tun, die in der Lage ist, einen Teil der staatlichen Einnahmen in die Entwicklung der Wirtschaft und Infrastruktur zu investieren. Gelder für den Bau einer Autobahn mögen teilweise unterschlagen werden, aber am Ende wird sie dennoch fertiggestellt. In den letzten Jahrzehnten wurde China mit einem gigantischen Netz von Autobahnen, Hochgeschwindigkeitszügen, Inlandsflughäfen, neuen Millionenstädten und Technologieparks überzogen. Auch das Hochschulwesen wurde enorm ausgebaut. Viele Universitäten errichteten neue Campus an den Stadträndern. In den Megastädten zeugen gigantische Shoppingmalls, mehrstöckige Stadtautobahnen und die Digitalisierung von den Visionen der KPCh einer modernen Gesellschaft. Während der Staatssozialismus in der Sowjetunion und Osteuropa scheiterte, eine allgemeine Automobilisierung und Konsumgesellschaft zu etablieren, konnten sie in China für große Teile der Stadtbevölkerung verwirklicht werden.

Wolfram Elsner

Zum Charakter der chinesischen Gesellschaftsordnung

Folgende Kriterien halte ich für entscheidend, um die chinesische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu charakterisieren und daraus Schlussfolgerungen abzuleiten:

- Eigentum an Grund, Boden und Ressourcen
- Gesellschaftliche Langfristplanung
- Staatlicher Unternehmenssektor
- Höhe und Verwendung privater Renditen, Rückverteilung nach unten
- Armutsbeseitigung
- Förderung der Arbeiterklasse (Kämpfe, Arbeitsbedingungen, Löhne, Steuerentlastung, Sozialversicherung)

- Veränderung und Vergesellschaftung des Konsumverhaltens, z.B. Sharing-Ökonomie
- Soziale Mobilisierung, politische Basisorganisation, Willensbildung auf vielen Ebenen
- Korruptionsbekämpfung
- Ökologie und Gesundheit
- (Un-) Fähigkeit der Kapitalistenklasse, sich zu organisieren und ihre ökonomische Macht in politische Macht umzuwandeln
- Ausbildung in marxistischer Politischer Ökonomie
- Internationale Solidarität, Süd-Süd-Kooperation, Schuldenerlass und Hilfen für die Ärmsten, Global Health
- Friedenspolitik, Stärkung der UNO und des Völkerrechts.

I.

Grund, Boden und Ressourcen sind in China Kollektiveigentum, in staatlicher Hand oder, auf dem Land, dörflich-genossenschaftlich. Es kann kein Privateigentum daran erworben werden, es gibt nur verschiedene Nutzungsstrukturen (Pachtformen) von unterschiedlicher Ausgestaltung und Länge.

Fünf-Jahres-Pläne sind zu flexiblen Instrumenten mit hoher Mobilisierungsfunktion geworden. Ihre zentralen Ideen werden breit diskutiert und kontinuierlich angepasst, z.B. aus dem 13. und 14 FJP: Verhaltensmodernisierung / Korruptionsbekämpfung / Lebensstil / Sozialkredit-Systeme, Wachstumsbegrenzung / alternative Wohlstandsmaße / „Glück“, Binnenorientierung / „Dualer Kreislauf“ / Ende des Exportweltmeister-Konzepts, Ökologie / Umbau auf grüne Wirtschafts- und Lebensweisen / intensive Mülltrennungssysteme / konkrete Änderung des Energiemix / konkrete Reduzierungsziele für Energieverbrauch und CO₂-Emissionen / weitere großflächige Aufforstungen / Naturschutz und Artendiversität, Gesundheit / weitere Erhöhung der Lebenserwartung / Verlängerung der Ausbildungsjahre, Neue Seidenstraßen / Süd-Süd-Kooperation / Multilateralismus und Multipolarität / Kooperationen und Krediterlasse / Impfstoffbereitstellung ...

Der *staatliche Unternehmenssektor* ist quantitativ seit den 1990ern deutlich reduziert, aber in seiner qualitativen Bedeutung höher: Hochmoderne Staatsunternehmen treiben die privaten Konzerne in der Entwicklungsrichtung vor sich her. Die staatlichen Banken sichern das ab. Letztere haben millionenfaches neues, junges Unternehmertum gefördert, haben es vor dem Großkapital zu schützen und haben die Bevölkerung, z.B. in der Corona-Krise, zu schützen (Kreditkündigungsverbot, zusätzliche Kredite).

Konzerne und Banken, staatliche wie private, müssen dafür dauerhaft geringere Renditen in Kauf nehmen. Die *Kapitalrenditen* in China liegen dauerhaft unter dem Weltdurchschnitt (McKinsey), auch weil Infrastrukturbeiträge, gesellschaftlich erforderliche Investitionen, hohe Innovationen und relativ hohe Sozialversicherungsleistungen zu erbringen sind. Milliardäre auf der *Hurun-Liste* kommen unter Druck und müssen ihren Reichtum erklären. Der *Gini-Koeffizient sinkt* über Armutsbeseitigung, Lohnsteigerungen und Druck auf die Reichein-

kommen Richtung größerer Einkommensgleichheit. Längerfristiges Ziel: von früher knapp 0,5 (sehr ungleich) auf etwas über 0.3 (relativ gleich). Für Bewertung und Kreditwürdigkeit von Unternehmen wird ein neues Rating-System eingeführt, das die Qualität der Beschäftigten als neuen Faktor enthält.

Ende 2020 wurde die *Armut* auch in den letzten Ecken des Landes endgültig beseitigt (UNDP). In 40 Jahren wurden so über 800 Mio. Menschen aus der Armut geholt, unter Xi und Li in den 2010ern noch einmal die letzten 100 Millionen, mit detaillierten und umfassenden lokalen Konzepten.

Die *Lohnsteigerungen* sind seit vielen Jahren zweistellig, eine große *Steuerreform* hat 2020 die unteren und mittleren Einkommen netto um 30 bis 50 Prozent steigen lassen. China ist ferner das *streikaktivste Land der Welt* (R. Geffken). Arbeiter streiken auch für Erhöhungen der unternehmerischen *Sozialversicherungsbeiträge* und für Investitionen in Innovationen. Sie werden i.d.R. unterstützt von den Basis-einheiten der KPCh. China hat seit 2008 eines der *fortschrittlichsten Arbeitsgesetze* gemäß ILO (Geffken). Chinesische Arbeiter haben ein unmittelbares Klage-recht im Betrieb, Gewerkschaften führen den Vorsitz bei betrieblichen Streitver-handlungen. Seit Ende der 1990er sind alle Sozialversicherungen (Krankheit, Al-ter, Arbeitslosigkeit, Unfall, Mutterschaft) fast flächendeckend (zwischen 90 und 100 Prozent) umgesetzt worden. Unternehmen müssen höhere Belastungen für die Sozialversicherungen tragen als im „Westen“. „Unsere nationale Sicherheit ist die soziale Sicherheit der Arbeiterklasse“ (Xi).

Das chinesische *Konsumverhalten* geht in Richtung ökologischer Konsum (s. „Ant Forest“!) und „bescheidener Lebensstil“ (Xi), mit breiten Diskussionen über neue Verhaltensweisen (Essen, Konsumieren, Tierschutz etc.). Die *Sharing-Ökonomie* hat auf vielen Ebenen (Konsum, Freizeit, Nutzung von Autos und IT, Produktion) ein weit größeres Ausmaß als im Westen.

Die *Wohngebietsorganisationen (Shequ)* sind zu einem Faktor der sozialen Mobili-sierung geworden. 8 Mio. *Freiwillige* haben die Menschen in der Hubei-Quarantäne im Januar bis März 2020 betreut. Die *Shequ* übernehmen generell Teile des bürokrati-schen Staates (z.B. Sozialaufgaben und Sozialversicherungs-Administration, Kon-flikt-Regelung). Auch die *Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKKCV)* hat neben dem NVK eine hohe Bedeutung für gesellschaftliche Diskussi-on gewonnen, die in den *Sozialen Medien* intensiv begleitet wird.

Korruption, der allumfassende Kern vom Kern des neoliberalen Finanzkapitalis-mus, ist seit Ende der 2000er massiv zurückgedrängt worden. Die korrupten Mil-liardäre aus der „*Wild-Ost*“-Zeit (1980er/1990er) sind inzwischen über Hongkong nach Singapur, New York und London verschwunden. Das merken die Menschen: China hat im internationalen Vergleich mit das *höchste allgemeine soziale Ver-trauen* der Menschen untereinander, und zur Regierung (regelmäßige Uni-Boston- und Uni-Stanford-Uni-San-Diego-Umfragen) und war 2020 das *glücklichste Land* unter 27 befragten Industrieländern (regelmäßige Glücks-Umfragen durch Ipsos, Paris/Washington).

Die *Ökologie* wird mit Hochdruck auf allen erdenklichen Gebieten geschützt und ausgebaut, ca. 40 Mrd. *Bäume* sind seit 1978 in neuen Wäldern zur Zurück-

drängung der Wüsten gepflanzt worden, bis 2049 werden es 80 Mrd. sein. Die Waldfläche wird im 14. FJP von 23 auf 24 Prozent der Gesamtfläche ausgedehnt, das sind 11 Mio. ha mehr, eine Fläche größer als Südkorea. Die „Ant Forest“ (500 Mio. Nutzer) hilft dabei seit 2017. Naturschützer aus aller Welt und die UNEP sind in China aktiv. Die *Blue Map*-Daten sind ständige Begleiter im Alltag. Alte Kohlekraftwerke und Kohlebergbau werden stillgelegt. China ist Weltmeister in der Produktion *erneuerbarer Energien* (Wasser, Sonne, Wind). Erste Provinzen haben *Einwegplastik komplett verboten* (Herstellung, Verkauf, Nutzung). Aus dem Weltraum ist China das grünste Land (laut NASA) und agiert berechenbar mit vielen Mio. Tonnen CO₂-Absorption gegen die Verschlechterung des Weltklimas. 1 Mio. Diesel-Lkws wurden in zwei Jahren stillgelegt, und Autos fahren demnächst per Induktion auf Solarplattenautobahnen. Inlandsflüge werden durch 650kmh schnelle Magnetschwebebahnen 2.0. ersetzt.

Die chinesische *Kapitalistenklasse* hat keine Chance, ihre wirtschaftliche Macht auszuüben oder in politische Macht umzusetzen. Jüngstes Beispiel: Börsengang der *Ant Group*, der kurzfristig abgesagt wurde. *Alibaba* muss nun entflechten, seine Ant Group sich als Finanzholding registrieren und bankenrechtlich kontrollieren lassen, mehr Eigenkapital für sein neues Kreditgeschäft hinterlegen und den Haushalten bei Online-Krediten sowie den Bauern und Händlern bei der Online-Vermarktung (auf Taobao) mehr Freiheiten (auch zum Wechsel zu Wettbewerbern) geben. Ein klare *antimonopolistische* (und wettbewerbspolitische) Kante gegen das größte chinesische IT-Konglomerat (bisher ein „Amazon plus Facebook plus PayPal plus Allianz plus Sparkasse“). Jack Ma hat schon Vollzug gemeldet, und ein Börsengang könnte so noch in 2021 stattfinden. Alibaba wird so insgesamt eher effektiver und in der Summe vermutlich bald noch wertvoller. Der chinesische Finanzmarkt wird dadurch stabiler, und die Regierung gewinnt weiter an Vertrauen bei Händlern und Haushalten.

Die *marxistische Politische Ökonomie* ist in allen Studiengängen aufgewertet worden. Alle Studenten müssen vier einschlägige Kurse in den ersten beiden Semestern studieren. Die Universitäten erhalten ein neues *Bewertungs- und Rankingsystem*, das sich nicht mehr ans amerikanische Rankingsystem anhängt (Publikationen in Top-US-Journals) und gesellschaftliche Faktoren höher gewichtet.

China praktiziert in der *Süd-Süd-Kooperation* internationale Solidarität, mit vielen Milliarden *Schuldenerlassen* und -stundungen und Umschuldungen, mit zinslosen Krediten, aber auch kostenloser oder preisgünstiger Versorgung mit *Impfstoffen*, dem erstmaligen *Aufbau von eigenständiger Industrie* in Afrika, 500.000 afrikanischen Studenten in China, medizinischen Teams in vielen Ländern, *Aufbau von Infrastrukturen* (Krankenhäusern, Schulen, Verkehr, Versorgung etc.). In diesem Kontext auch die neue *alternative Globalisierung* durch die *Neuen Seidenstraßen*. China hat daher größte Autorität in der *UNO* und ihren Fachorganisationen (WHO, UNDP, UNEP, UNESCO, Menschenrechtsrat, WTO usw.). Westliche Anträge eines China-Bashing finden i.d.R. nur 25 bis maximal 30 Zustimmungen. Die meisten Ländervertreter, Diplomaten und UNO-Beamten haben inzwischen China bereist, sich Xinjiang angesehen oder die neuen Wälder.

China ist inzwischen also ein „Mekka“ für UN-Vertreter und Politiker der Mitgliedsländer in Sachen Umwelt, Gesundheit, aber auch *Minderheiten und Menschenrechte*. Es praktiziert auch in der *Shanghai Cooperation Organization (SCO)* und den jährlichen regionalisierten *Foren zur Belt and Road Initiative (BRI)* eine *alternative Weltordnung* mit Geltung des *klassischen Völkerrechts* (Frieden / Nichtangriff, territoriale Integrität, nationale Souveränität / Nichteinmischung, Friedliche Koexistenz unterschiedlicher Systeme, kein Ersteinsatz von und keine Drohung mit Atomwaffen usw.), bedroht kein Land, führt keine Kriege, hat (bis auf ein kleines Kontingent im Hafen von Dschibuti) keine Militärstützpunkte und ist militärisch international nur im Rahmen von UNO-Beschlüssen, hier allerdings führend, aktiv. Seine *Militärtechnologie* ist eindeutig *defensiv* ausgerichtet (fast ausschließlich Mittelstreckenraketen, Anti-Flugzeugträger-Raketen). China fordert permanent zu *Multipolarität, Multilateralismus* im Handel und zu bedingungslosen Verhandlungen über alles auf. Die zentralen Menschheitsgüter wie Umwelt und Gesundheit sollen in den Mittelpunkt.

II.

Was also ist das für eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung?

Kapitalismus? Es wäre ein mieser Kapitalismus mit seinen unterdurchschnittlichen Renditen, hohen Lohnerhöhungen und seiner Rückverteilung nach unten.

Eine (sozialistische) *Marktwirtschaft?* China *hat* und *nutzt* zwar hocheffektiv und auf neue Weisen regulierte Märkte und millionenfach kleines, junges, innovatives Unternehmertum, *ist* aber als System keine „Marktwirtschaft“ (was immer das auch wäre; der finanzialisierte neoliberale Kapitalismus ist ja auch alles andere als eine „Marktwirtschaft“). Die *Produktivkräfte* sind auf einem hohen Stand angekommen. China hat mit einem jahrzehntelangen „Ritt auf der Rasierklinge“, durch Krisen und existentielle Gefahren hindurch, trotz umfassender Behinderungen seine strukturelle Abhängigkeit vom Hegemonialsystem abgeschüttelt, sich aufgewertet, zur neuen Nummer eins aufgeholt und das lange Jahrhundert der Demütigung nach faktisch 150 Jahren endgültig abgeschüttelt. Es hat aus allen Fehlern des Sozialismus auf der Welt gelernt und ist der Falle eines Armutsozialismus entkommen. Es kann vom kapitalistischen Hegemonialsystem nicht mehr niederkonkurriert werden, auch finanziell nicht. Das *Pro-Kopf-Einkommen* ist zwar enorm schnell gestiegen, bewegt sich jedoch noch im mittleren Einkommensbereich der Länder der Welt. Hier wird und will China nicht Nummer eins werden, sondern wird im Gegenteil die normativen Grundlagen dieser Metrik überwinden. Aber das „mittlere“ Pro-Kopf-Einkommen wird zugleich extrem stark „*gehebelt*“ zu Top-Leistungen in fast allen sozioökonomischen Bereichen, wie in keinem anderen Land oder System. Der *umfassende Wandel* geht leicht und schnell (*China speed*), ein Land im permanenten Lernen und Experimentieren (*chinesischer Experimentalismus*). Da sich jeder grundsätzlich sozial gesichert und eingebettet fühlt, gelingt dem Land eine enorme soziale Mobilisierung.

Das Land geht also einen *sozialistischen Weg* und ist dabei in einer *frühen Phase*. Es geht Wege, die noch nie gegangen wurden, berücksichtigt die Niederlagen, aber

auch die Fehler und Degenerationen des europazentrierten Sozialismus. China generiert einen *Sozialismus des guten Lebens*. Und sein Weg ist kein Exportprodukt (die „chinesischen Charakteristika“ gelten nur für China). Es sucht, experimentiert, lernt und korrigiert sich dabei. Es verändert die Welt zum Besseren. So hat es verdient, studiert, begriffen, gewürdigt und mit Solidarität behandelt zu werden.

Jörg Kronauer

China in der globalen Welt

Anlass für den Konflikt zwischen den USA und China ist zunächst der rasante ökonomische Aufstieg der Volksrepublik, der die bisherige wirtschaftliche Vormacht der USA und damit eine zentrale Grundlage ihrer politischen Hegemonie zunehmend in Frage stellt; dieser Aufstieg wird in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach unverändert voranschreiten. China ist längst das Land mit der zweitgrößten Wirtschaftsleistung der Welt, berechnet nach Kaufkraftparität sogar schon die globale Nummer eins; es ist, obwohl es von der Covid-19-Pandemie kalt überrascht wurde und – anders als die westlichen Mächte – keinerlei Chance hatte, sich auf sie vorzubereiten, deutlich besser durch die Corona-Krise gekommen als sie, und es wird laut jüngsten Prognosen schon 2028 oder 2029 die Vereinigten Staaten auch nominal als größte Wirtschaftsmacht ablösen. Chinas ökonomischer Aufstieg vollzieht sich dabei nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ: Das Land zählt auf immer mehr High-Tech-Feldern zur Weltspitze und hat in manchen Bereichen, etwa bei 5G, die USA inzwischen hinter sich gelassen. Washington ist bemüht, zumindest Beijings technologische Aufholjagd zu stoppen und hat dazu Sanktionen und Boykottkampagnen gegen wichtige chinesische Konzerne und Branchen gestartet; eine Abkehr von dieser Politik ist nicht in Sicht. Gelingt es der Volksrepublik, sich dagegen zu behaupten und auf weiteren zentralen Feldern, so etwa bei Halbleitern, aufzuschließen, dann wird sie womöglich noch im laufenden Jahrzehnt wirtschaftlich endgültig an den Vereinigten Staaten vorbeiziehen.

Die USA suchen ihre globale Hegemonie nicht nur auf ökonomischem Feld gegen China zu verteidigen, sondern zunehmend auch mit militärischem Druck. Bereits die Obama-Administration hatte 2011 ihren „Pivot to Asia“ angekündigt und in diesem Rahmen auch beschlossen, den Anteil der Navy und der Air Force, der im Pazifik stationiert ist, auf 60 Prozent zu erhöhen. Laut einem offiziellen chinesischen Bericht ist dieser Anteil bei der Zahl der Kriegsschiffe inzwischen erreicht, beim Marine Corps mit zwei Dritteln sogar übertroffen. Die Volksrepublik hat ihrerseits stark aufgerüstet und ist – insbesondere mit ihrem äußerst schlagkräftigen Raketenarsenal – mittlerweile in der Lage, einem potenziellen Angreifer innerhalb der sogenannten ersten Inselkette (südliche Inseln Japans, Taiwan, Philippinen) das Überleben extrem schwer zu machen; US-Militärexperten warnen seit einiger Zeit, diese Tatsache wecke Zweifel, ob die USA einen etwaigen Krieg gegen Chi-

na noch gewinnen könnten. Die Biden-Administration sucht das Ruder herumzureißen und schließt an Bestrebungen ihrer Vorgängerregierung an, die militärischen Positionen der USA auch auf der „ersten Inselkette“ zu stärken. Im Gespräch ist unter anderem eine Stationierung von Mittelstreckenraketen.

Für das Ringen zwischen den USA und China spielt es eine wichtige Rolle, dass der Aufstieg der Volksrepublik, wenngleich er seinen spezifischen Hintergrund hat, Teil des Aufstiegs großer Teile Asiens ist. Ihm gingen das Wiedererstarken Japans nach dem Zweiten Weltkrieg und der Boom der vier „asiatischen Tiger“ (Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur) voraus; er wird vom Erstarken Indiens und der ASEAN-Staaten begleitet. Asien, das zur Jahrtausendwende nur ein Viertel der globalen Wirtschaftsleistung erarbeitete, wird seinen – nominalen – Anteil bis 2050 wohl auf mehr als die Hälfte vergrößern können; das entspricht zwar nur seinem Anteil an der Weltbevölkerung, wird aber ausreichen, um den Kontinent zum Mittelpunkt der globalen Ökonomie zu machen. Schon heute ist das asiatisch-pazifische Freihandelsbündnis RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership), das China sowie 14 weitere Staaten im vergangenen Jahr schlossen, das größte der Welt; es hat damit das Potenzial, wichtige weltwirtschaftliche Standards zu setzen. Die USA sind dabei außen vor. Sie können sich freilich innerasiatische Rivalitäten zunutze machen, die zwischen aufsteigenden und dabei wirtschaftlich und politisch ausgreifenden Mächte wie etwa China und Indien wachsen. Die Militärkooperation Indiens mit den USA nimmt bereits zu.

China gestaltet sein ökonomisches Ausgreifen auf globaler Ebene mit den gängigen Mitteln – mit Handelsabkommen und einem Ausbau der Wirtschaftskooperation. Neben dem Freihandelsbündnis RCEP nutzt es die Zusammenarbeit im Rahmen der Neuen Seidenstraße (Belt and Road Initiative, BRI), um seinen Einfluss zu stärken; die BRI hilft ihm, seine internationalen Beziehungen zu festigen und erlaubt ihm sogar Vorstöße bis nach Europa, etwa nach Griechenland, Ungarn und Serbien. China öffnet sich weiterhin – wenn auch vorsichtig und schrittweise, wie gehabt – für westliches Kapital; das bringt neben nützlichem technologischen Know-how auch politische Vorteile: Wären etwa Volkswagen und Infineon, Apple und Tesla nicht auf China als Produktionsstandort und als Absatzmarkt angewiesen, dann müssten die Mächte Europas und Nordamerikas in ihrem Machtkampf gegen die Volksrepublik keinerlei Rücksichten mehr nehmen. Der Profit aus dem Chinageschäft fungiert unverändert als Leimrute, mit der Beijing im Westen Kooperationsinteressen bindet und Konfrontationskräfte schwächt. Allerdings gerät dieses bislang sehr erfolgreiche Modell mit dem Erstarken chinesischer Unternehmen tendenziell in Gefahr, die ihrerseits – etwa chinesische E-Auto- und Smartphonehersteller – zur Konkurrenz für Konzerne wie Volkswagen oder Apple werden.

Inzwischen ergänzt die Volksrepublik ihr erfolgreiches ökonomisches Ausgreifen zunehmend um Versuche, ihre „soft power“ zu stärken. Zuweilen lässt sich beides nicht unterscheiden: Die Lieferung von Covid-19-Impfstoffen schützt zahllose Menschen und stärkt politische Bindungen, vielleicht auch soziale Sympathien; zugleich öffnet sie allerdings chinesischen Pharmakonzernen auch Märkte, die ihnen bislang noch verschlossen waren. Beijing nimmt zudem un-

verändert mit seinen Auslandsmedien am globalen Kampf um die öffentliche Meinung teil – und geht dabei inzwischen auch in die Offensive: So veröffentlicht es mittlerweile einmal pro Jahr einen Bericht zur Menschenrechtslage in den USA, den jüngsten unter dem Black Lives Matter-Motto „I can’t breathe“ – ein offener Angriff auf die westliche Doppelmoral, die, an Missständen auf der eigenen Seite nicht interessiert, gegen China unter der Fahne der Menschenrechte zu Felde zieht. Ob es Beijing gelingen wird, der alten kolonialen Doppelmoral zumindest Kratzer zuzufügen, muss sich zeigen; der Versuch aber belegt: Die Volksrepublik geht, vom Westen scharf attackiert, zu ersten Gegenangriffen über.

Das zeigt sich auch auf höchster politischer Ebene – so etwa in der offensiven Antwort auf die heftigen Attacken von US-Außenminister Antony Blinken, die bei ihrem Treffen mit ihm im März in Anchorage Chinas Außenminister Wang Yi und der führende Außenpolitiker der KP, Yang Jiechi, gaben: Beijing ist nicht bereit, sich öffentlich abkanzeln zu lassen, und erhebt den Anspruch, auch mit den Vereinigten Staaten auf Augenhöhe zu verhandeln. Ein materieller Beleg dafür waren die Gegensanktionen, die Beijing in Reaktion auf westliche Zwangsmaßnahmen im März gegen die USA, die EU, Großbritannien und Kanada verhängte. In nächster Zeit werden auch defensive Schritte die chinesische Politik prägen: Dass der neue Fünfjahresplan den „inneren“ gegenüber dem „äußeren Wirtschaftskreislauf“ stärkt, scheint unvermeidlich, um die chinesische Wirtschaft gegen die immer massiveren Angriffe vor allem der Vereinigten Staaten zu schützen. Eine prinzipielle Abkehr von der Öffnungspolitik ist es aber kaum: In der globalen Konkurrenz auf offenen Märkten wird sich die Volksrepublik ohnehin auf ihr – mit rund 1,4 Milliarden Menschen – einzigartiges ökonomisches Gewicht verlassen können. Parallel setzt sich Beijing mit Maßnahmen gegen die US-Attacken zur Wehr, die das Zeug haben, Washingtons globale Hegemonie zu untergraben: Im März kündigten Außenminister Wang sowie sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow an, ihre beiden Staaten seien intensiv bemüht, sich zwecks Abwehr von US-Sanktionsattacken vom US-Dollar unabhängig zu machen. Gelingt ihnen dies, dann wankt auch ein zentraler Pfeiler der US-Hegemonie.

Peter Wahl

China und der neue Kalte Krieg – 7 Thesen

1. Zur Weltmachtrolle gedrängt

Nach dem Sieg des Westens im Kalten Krieg hielt China auf ein niedriges Profil in seiner Außenpolitik, um sich möglichst ungestört auf die eigene Entwicklung konzentrieren zu können.

Es gibt sogar Gründe anzunehmen, dass Peking noch Ende der Nullerjahre auf eine weltpolitische Rolle nicht gerade erpicht war. Die Zurückhaltung in den Konflikten um Libyen 2010, Syrien 2012 oder der Ukraine-Krise 2014 sind In-

dizien dafür. Auch das Projekt der *Neuen Seidenstraße*, 2013 verkündet, vertraute damals noch darauf, von geopolitischen Konflikten unbehelligt zu bleiben. Zudem war das US-Militärbudget 2010 noch fast sechsmal so hoch wie das chinesische.¹ Auch der Abstand im ökonomischen Potential war viel größer als heute. D.h. den geopolitischen Kräfteverhältnissen nach war China weitaus der Schwächere.

Seit der Finanzkrise 2008 aber ist der Westen angeschlagen. Vor allem die EU findet nicht mehr aus ihren multiplen Dauerkrisen heraus. Auch China hatte den Crash nicht vorhergesehen, war aber relativ wenig tangiert und fungierte dann sogar als globale Konjunkturlokomotive.

Mit andere Worten: Das Land ist nicht ganz selbstbestimmt in die Position des großen Gegenspielers der USA geraten.

2. Die USA nicht unterschätzen

Die internationale Position der USA ist unterdessen weiter erodiert. Ihr Anteil an der Weltwirtschaft sinkt unaufhaltsam. Der ökonomische, technologische und militärische Vorsprung gegenüber China verkürzt sich immer schneller, und innenpolitisch ist das Land durch tiefgehende Brüche geplagt, für die der Trumpismus nur eines der Symptome ist.

Dennoch wäre es falsch, die USA zu unterschätzen. Sie bleiben auf allen machtpolitisch relevanten Terrains eine Supermacht: an der *Frontier* des zeitgenössischen Kapitalismus, der digitalen Industrie, bei Produktivkraftinnovationen, politisch und selbst im Bereich der Soft Power – trotz Trump und *Black Lives Matter*.

3. Militärstrategisch ungünstige Position Chinas

Das gilt erst recht militärisch. Hier gibt es auch heute noch eine deutliche Überlegenheit, die nicht nur an den Rüstungsausgaben ablesbar ist. So zeigt z.B. ein Blick auf die Landkarte, dass China an seiner Küste von einer Perlenschnur von US-Bündnispartnern eingezwängt ist – Japan, Südkorea, Taiwan, Singapur, sowie – mit Einschränkungen – Vietnam, Malaysia und den Philippinen. Hinzu kommen die schwimmenden „Korallenriffe“ in Form der US-Flugzeugträger.

Hier liegen der eigentliche Kern und die Brisanz der Konfrontation im südchinesischen Meer.

4. Kooperative Multipolarität als Leitbild vorerst gescheitert

China reagierte auf die Umbrüche im internationalen System zunächst durch eine außenpolitische Konzeption, in der Multipolarität positives Leitbild für die Außenpolitik ist. Das Konzept sieht vor, gemeinsam mit anderen Schwellenländern „eine demokratischere und gerechte multi-polare Welt auf der Grundlage

¹ 2019 war der Abstand auf 2,5:1 geschrumpft. SIPRI Military expenditure database. <https://www.sipri.org/databases/milex>

des Völkerrechts, der Gleichheit, des gegenseitigen Respekts, der Zusammenarbeit, des gemeinsamen Handelns und kollektiver Entscheidungen aller Staaten“ anzustreben.²

Multipolarität will also nicht die alten Dominanzverhältnisse einfach umkehren und den/die Aufsteiger an die Stelle der alten Hegemonialmächte setzen. Das Verhältnis der verschiedenen Pole untereinander soll von Gleichberechtigung geprägt und zum gegenseitigen Vorteil gestaltet werden. Konflikte müssen kooperativ, nicht konfrontativ bearbeitet werden. Also alles, was auch die UN-Charta und das Völkerrecht vorsehen.

Die USA sind jedoch nicht bereit, die Transformation des Weltsystems zur Multipolarität hinzunehmen, sondern beharren auf einem globalen Vorherrschaftsanspruch. Schon bei Obama heißt es: „Amerika muss auf der Weltbühne immer führen. ...Das war so im vergangenen Jahrhundert und es wird so für das kommende Jahrhundert sein.“³ Trump verschärfte den anti-chinesischen Kurs Obamas zum Handelskrieg und Technologie-Protektionismus. Die Biden-Administration sorgt für Kontinuität und dreht die Eskalationsschraube jetzt weiter.

5. Lagerbildung und Eskalationsdominanz der USA

Aus Sicht der herrschenden Eliten in Washington war der einzige Mangel der China-Politik Trumps der Verzicht auf Bündnispartner. Biden dagegen bemüht sich, die EU als Juniorpartner einzubinden, ebenso wie die NATO, Japan und Australien. Mehr noch, Washington versucht Indien – selbst Anwärter auf Weltmachtstatus – über die sog. *Squad Gruppe*⁴ für eine anti-chinesische Allianz im indo-pazifischen Raum zu gewinnen und umwirbt weitere Länder, darunter Vietnam.

D.h. es wird Lagerbildung betrieben, die die Transformation der Weltordnung hin zur Multipolarität in eine bipolare Dynamik umlenken und dafür eine zeitgenössische Version kalter Kriegführung durchsetzen will. Vorbild bleibt der Kalte-Krieg 1.0. mit Regime-Change als Fernziel.

Gegenüber dem Publikum im Westen wird dies dadurch legitimiert, dass ein Konflikt „Demokratie versus Autokratie“ zum Gravitationszentrum der internationalen Beziehungen konstruiert wird. Daraus wird die Berechtigung zu missionarischem Menschenrechtsimperialismus abgeleitet. So sind die Sanktionen von USA, EU, Kanada und Großbritannien gegen Provinz-Funktionäre in Xinjiang völkerrechtlich und politisch eine andere Qualität als Protektionismus. Jetzt maßt man sich den direkten Eingriff in die chinesische Innenpolitik an – als Ankläger, Richter und Vollstrecker in einem.

² Joint Statement of the BRIC Countries' Leaders, June 16, 2009, Yekaterinburg. <http://archive.kremlin.ru/eng/text/docs/2009/06/217963.shtml>.

³ Barack Obama, Rede in Westpoint, 28.5.2014. <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/05/28/remarks-president-west-point-academy-commencement-ceremony>

⁴ USA, Japan, Australien, Indien.

Bisher ist die US-Strategie insofern erfolgreich, als sie sich der Eskalationsdominanz bemächtigt hat, d.h. sie selbst verschärft den Konflikt, schraubt den Einsatz höher und versucht so, multipolare Kooperation zu blockieren.

Die asymmetrische, härtere Reaktion Chinas auf die Sanktionen⁵ ist ein Schuss vor den Bug, mit der doppelten Botschaft, dass man notfalls bereit ist, den Fehdehandschuh aufzunehmen und zugleich auf den Preis für die Gegenseite verweist, falls es keine Umkehr gibt.

6. Symmetrische Lagerbildung

Parallel zur Lagerbildung unter US-Führung formiert sich eine Achse Moskau-Peking, die auf vielen Gebieten – inklusive Militär und gemeinsames Mondlandeprojekt – zunehmend gemeinsam operiert. Für China ist von Vorteil, dass es an seiner nordpazifischen Küste und der langen Landgrenze im Norden den Rücken frei hat, und indirekt vom nuklearen Supermachtstatus Russland profitieren kann.⁶ Außerdem ist Russland als Rohstofflieferant interessant und bietet für das Seidenstraßenprojekt eine sichere Route bis an die EU-Grenze.

Umgekehrt bekommt Russland Zugang zu Märkten und Technologie und eine strategische Entlastung in der Konfrontation mit den USA.

International arbeiten beide daran, sich der Dominanz des US-Dollars zu entziehen und ihre Wirtschaft gegen westliche Repressalien zu immunisieren.

7. Widersprüche, Unübersichtlichkeit und Unberechenbarkeit

Im Unterschied zum Kalten Krieg 1.0. sind globalisierungsbedingte Vernetzung und Interdependenzen heute weitaus größer. Die Integration des chinesischen Schwergewichts in die Weltwirtschaft führte daher auch zu mehr wechselseitiger Verwundbarkeit. Insbesondere die Kapitalinteressen der EU, und hier wiederum besonders die der BRD, sind in China so bedeutend, dass ein Bruch zu dramatischen Verwerfungen zuhause führen kann. Damit geraten sie in Widerspruch zur Konfrontationsstrategie der USA.

Um dem Dilemma zu entkommen, richten sich die Hoffnungen darauf, zweigleisig zu verfahren, nach dem Motto: so viel Konfrontation wie möglich, soviel Kooperation wie nötig. Ob China bei einer solchen Rosinenpickerei mitspielt, ist zu bezweifeln.

Noch ist nicht ganz klar, in welche Richtung sich die Dinge entwickeln. Sicher ist nur, dass für China – wie für alle anderen – das internationale Umfeld beträchtlich komplexer geworden ist. Unübersichtlichkeit und Unberechenbarkeit sind auf absehbare Zeit *the new normal*.

⁵ S. Peter Wahl (2021): Europas Wind und Chinas Sturm. In Telepolis 7.4.2021: <https://www.heise.de/tp/features/Europas-Wind-und-Chinas-Sturm-6006267.html>.

⁶ Jüngst gibt es auch Gerüchte über eine formelle Militärallianz. S. Военный союз России и Китая: основания, перспективы и последствия. <https://russtrat.ru/comments/8-fevralya-2021-0010-2929n>.